

Bildung als Werkzeug der Demokratisierung

Von Ghassan Baliki und Florian Szücs

Forderungen nach Demokratisierung sind ein Kennzeichen dieser Dekade geworden. In weiten Teilen des Nahen Ostens und Nordafrikas kam es zu Protesten und Revolutionen, die nach politischen Änderungen und demokratischen Reformen verlangen. Jedoch ist nach wie vor nur wenig über die Ursprünge und Erfolgsfaktoren dieser Bewegungen bekannt. Historisch betrachtet kann ein höherer Bildungsstand zweifellos mit einem hohen Demokratisierungsgrad assoziiert werden, doch die Kanäle und das Ausmaß dieses Zusammenhanges sind noch nicht hinreichend erforscht. Die Ergebnisse von Studien auf Basis länderübergreifender Paneldaten zeigen, dass Bildung die Demokratisierung effektiver beschleunigt, wenn das durchschnittliche Einkommen gering ist.

Trotz aller politischer Veränderungen des letzten Jahrhunderts scheint folgende Beobachtung immer noch zuzutreffen: Entwickelte Staaten mit einem hohen Bildungs- und Einkommensniveau sind demokratisch, während Entwicklungsländer mit einem geringeren Bildungsniveau weiterhin nicht demokratisch sind (Abbildung 1). In den vergangenen Jahrzehnten haben die meisten Entwicklungsländer einen starken Anstieg im Bereich der Sekundär- und Hochschulausbildung erlebt und doch besteht weiterhin ein Mangel an politischer Freiheit und autoritäre Strukturen erweisen sich als äußerst langlebig. So ist etwa in der Volksrepublik China der Anteil der Bevölkerung ohne Bildung erheblich zurückgegangen und das Land verzeichnete einen beachtenswerten Anstieg bei der Sekundärausbildung, das Demokratisierungsniveau bleibt jedoch weiterhin gering und unverändert seit den 80er Jahren (Abbildung 2). Dies wirft folgende Fragen auf: Wie wirkt sich ein steigendes Bildungsniveau auf die Demokratisierung aus? Und warum entwickeln sich einige Länder hin zu einer Demokratie, andere aber nicht?

Ziel dieser kurzen Übersicht ist es, die Ergebnisse eines laufenden Forschungsprojektes vorzustellen, das die Wirkung von Bildung auf das Demokratisierungsniveau untersucht. Insbesondere wird dabei die Rolle niedriger Bildungsrenditen berücksichtigt. Eine länderübergreifende Panelanalyse aus den Jahren 1950 bis 2010 zeigt, dass sich Bildung im allgemeinen positiv auf den Demokratisierungsprozess auswirkt. Weiterhin wird ersichtlich, dass es eher zu einer Demokratisierung kommt, wenn die Sekundärausbildung nicht angemessen vergütet wird. Diese Ergebnisse beleuchten die Rolle möglicher Kanäle, über die das Bildungsniveau die Demokratie beeinflusst. Natürlich sind weitere Nachweise auf der Mikroebene erforderlich, um zu bestätigen, welche spezifischen Kanäle die Demokratisierung vorantreiben. Eine der bekanntesten theoretischen Begründungen ist das Theorem zu Opportunitätskosten bei der Mitwirkung an politischen Aktivitäten. Dieses besagt, dass gebildete Personen eher politisch aktiv werden, wenn produktive Tätigkeiten nicht verfügbar sind.

Abbildung 1

Der Zusammenhang von Bildung und Demokratisierung

Datenpunkte für 2010



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Länder mit einem höheren Bevölkerungsanteil mit Sekundärbildung haben tendenziell höhere Werte beim Grad der Demokratisierung.

Allerdings gibt es wenig bis keine empirischen Daten, die festhalten, welchen Anreiz Menschen haben, sich in der Politik und bei Demokratisierungsbewegungen zu engagieren. Dennoch sind solche länderübergreifenden Ergebnisse ein guter Ausgangspunkt für zukünftige Forschung und bieten einen ersten Einblick, um die Faktoren zu verstehen, die hinter der Verbindung von Bildung und Demokratie stehen.

Eine nicht abgeschlossene Debatte

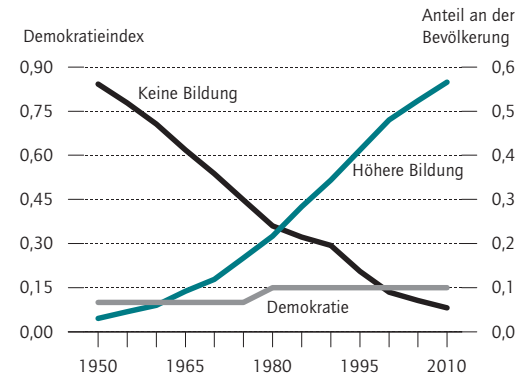
Vertreter der sogenannten Modernisierungstheorie argumentieren, dass steigende Bildungs- und Einkommensniveaus unbestritten Säulen der Entwicklung und Konsolidierung demokratischer Institutionen sind.¹ Allerdings gibt es bislang keinen Konsens hinsichtlich der Richtung der kausalen Beziehung zwischen Demokratisierung und Bildung. Andererseits gibt es empirische Hinweise, die die Modernisierungstheorie stützen. Mehrere Studien haben gezeigt, dass ein höheres Bildungsniveau eine Voraussetzung für eine nachhaltige Demokratie ist.² Manche argumentieren damit, dass

¹ Lipset, S.M. (1959): Some social requisites of democracy: economic development and political legitimacy. *American Political Science Review* 53(1), 69–105.

² Barro, R.J. (1999): Determinants of democracy. *Journal of Political Economy* 107 (6), 158–183.

Abbildung 2

Bildung und Demokratie in China



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

In China ist das Bildungsniveau deutlich gestiegen, während das Demokratisierungsniveau beinahe konstant geblieben ist.

ein steigendes Bildungsniveau die Bürgerbeteiligung, wie etwa die Wahlbeteiligung und Mitwirkung in politischen Organisationen erhöht und somit die Unterstützung breit angelegter Regierungssysteme gegenüber eng gefassten Diktaturen fördert.³ Allerdings zeigen jüngere empirische Ergebnisse, dass dieses Verhältnis nicht robust ist, wenn länderspezifische Eigenschaften und deren Variation berücksichtigt werden.⁴ Weiterhin zeigen kürzlich auf Mikroebene erhobene Daten, dass Menschen desto autoritätshöriger werden, je mehr Bildung sie erlangen.⁵

Um die zugrundeliegenden Faktoren des Verhältnisses von Demokratie und Bildung zu verstehen, sind weitere Belege zu den Kanälen und Mechanismen erforderlich. Eine neue Sparte der Fachliteratur behauptet, dass politische Partizipation und öffentliche Proteste den wichtigsten Mechanismus darstellen, durch den ein höherer Bildungsstand das Demokratisierungsniveau beeinflusst. Gebildete Personen nehmen eher dann an politischen Aktivitäten teil, wenn die Opportunitätskosten gering sind, das heißt produktive Tätigkeiten vergleichsweise schlecht entlohnt werden.⁶ Die vorliegende Abhandlung

³ Glaeser, E.L., Ponzetto, G.A.M. et al. (2007): Why does democracy need education? *Journal of Economic Growth* 12 (2), 77–99.

⁴ Acemoglu, D., Johnson, S. et al. (2005): From education to democracy? *American Economic Review* 95 (2), 44–49.

⁵ Friedman, W., Kremer, M. et al. (2011): Education as Liberation? NBER Working Paper Series 16939.

⁶ Campante, F.R., Chor, D. (2012): Schooling, Political Participation, and the Economy. *Review of Economics and Statistics* 94 (4), 841–859.

baut auf der oben erwähnten Fachliteratur auf und betont, dass demokratischer Wandel eher dann stattfindet, wenn das durchschnittliche Einkommen im Vergleich zur durchschnittlichen Bildung gering ist.

In der entwicklungsökonomischen Literatur wird behauptet, dass die Akkumulation von Humankapital sich positiv auf das Einkommenswachstum auswirkt, und dass die Bevölkerung nur dann in höhere Bildung investieren wird, wenn die erwarteten Renditen höher sind als ihre Kosten. Ist das tatsächliche Einkommen allerdings geringer als erwartet, steigt die Wahrscheinlichkeit sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen. Von Demokratisierung wird erwartet, dass es weniger Ausbeutung gibt und in der Folge eine gerechtere Einkommensverteilung stattfindet. Dies tritt ein wenn entweder Diktatoren Zugeständnisse machen (weniger Ausbeutung oder mehr Bürgerrechte) oder wenn sie durch eine Revolution vertrieben werden.

Während höhere Bildung eine wichtige Rolle bei der Erweiterung der politischen Kapazitäten des Einzelnen spielt, wird sie nur dann zu Demokratisierung führen, wenn die Bürger mehr Zeit für politische Aktivitäten aufbringen. Dies ist eher der Fall, wenn die Renditen bei wirtschaftlichen Aktivitäten gering ausfallen.

Empirische Belege

Um das Verhältnis von Bildung, Einkommen und Demokratie empirisch zu untersuchen, wird ein länderübergreifender Paneldatensatz genutzt, der aus mehreren Quellen zusammengesetzt ist. Zum einen werden die Penn World Tables (Version 6.0 – 8.0) verwendet, um Daten zum Pro-Kopf-Einkommen zu erhalten.⁷ Zum anderen werden Bildungsstand – anhand der Jahre der schulischen Ausbildung in der Sekundärstufe und auf Hochschulniveau – sowie der Anteil der Bevölkerung mit Schulbildung gemessen. Beide Werte entstammen dem Datensatz von Barro und Lee.⁸ Zuletzt werden der Polity2-⁹ und der Vanhanen-Index¹⁰ zur Messung des Demokratisierungsniveaus herangezogen (Kasten).

Anhand dieser Daten wird die Auswirkung der fünf Jahre zurückliegenden Werte von Einkommen, Bildung sowie deren Wechselwirkung auf das derzeitige Demokratieniveau überprüft. Die Ergebnisse (Tabelle) zeigen,

Tabelle

Regressionsergebnisse der Demokratieindizes

	Vanhanen		Polity2	
	Sekundäre Bildung	Höhere Bildung	Sekundäre Bildung	Höhere Bildung
Dem(t-1)	0,394***	0,387***	0,532***	0,534***
Bildung(t-1)	0,0902*	0,644***	0,181**	0,657**
Einkommen(t-1)	0,0425***	0,0341**	0,0319	0,0165
Einkommen(t-1)*Bildung(t-1)	-0,0101**	-0,0635***	-0,0221***	-0,0837***
N	1,210	1,210	1,145	1,145
R ²	0,457	0,457	0,528	0,527

* $p < 0.1$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$. In allen Spezifikationen werden fixe Effekte für Land und Jahr benutzt.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Tabelle zeigt die Regressionskoeffizienten von Einkommen beziehungsweise Bildung mit den jeweiligen Indizes getrennt für sekundäre und höhere Bildung.

dass das derzeitige Demokratieniveau maßgeblich vom vorhergehenden Demokratieniveau abhängig ist; dass sekundäre und insbesondere tertiäre Bildung das Demokratieniveau wesentlich ansteigen lässt; und zuletzt, dass das Einkommen das Demokratieniveau bei Schätzung anhand des Vanhanen, jedoch nicht bei Schätzung anhand des Polity2-Index anhebt. Der Interaktionsterm von Einkommen und Bildung ist in allen Spezifikationen negativ und spiegelt ein Maß für Bildungsrenditen auf nationaler Ebene wider. Anders ausgedrückt werden die Determinanten für eine Demokratisierung offensichtlicher, wenn für das Einkommensniveau kontrolliert wird. Der negative Koeffizient der Interaktionsgröße zeigt, dass Bildung weniger Einfluss auf Demokratisierung hat, wenn das Durchschnittseinkommen hoch ist. Die Ergebnisse sind bei beiden Demokratisierungsindizes und unter verschiedenen ökonomischen Spezifizierungen robust.

Die Regressionen spiegeln zudem die Bedeutung des Bildungsniveaus für die Wahrscheinlichkeit demokratischen Wandels wider. Weitere Berechnungen konnten keine signifikante Auswirkung von Grundschulausbildung auf die Demokratieindizes feststellen. Obschon die Sekundärbildung eine signifikante Auswirkung zeigt, ist der Koeffizient der Hochschulbildung sehr viel größer, sowohl für das zeitverzögerte Bildungsniveau als auch für die Wechselwirkung mit dem Einkommen.

Folgendes Beispiel veranschaulicht die Ergebnisse: Von den 187 Ländern mit Demokratiedaten klassifiziert der Vanhanen-Index im Jahr 2010 154 als Demokratien, während 33 nicht demokratisch sind, das heißt sie haben ein

⁷ Feenstra, R.C., Inklaar, R. et al. (2013): The Next Generation of the Penn World Table. www.gdpc.net/pwt/, 30. Oktober 2014.

⁸ Barro, R., Lee, J.W. (2013): A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950–2010. *Journal of Development Economics* 104, 184–198.

⁹ Marshall, M.G., Jaggers, K. et al. (2011): Polity IV Project: Dataset Users' Manual. Arlington, Polity IV Project.

¹⁰ Vanhanen, T. (2014): Measures of Democracy 1810–2012. FSD1289, version 6.0 (2014-01-31), Tampere, Finnish Social Science Data Archive.

Kasten

Messgrößen für Demokratie

Die Fachliteratur zur politischen Ökonomie stützt sich im Wesentlichen auf zwei Messgrößen für Demokratie: den Polity2-Index und den Vanhanen-Index zur Demokratisierung. Trotz der hohen Korrelation der beiden Indizes (etwa 0,8) messen sie unterschiedliche strukturelle Qualitäten.

Der Polity2-Index ist wohl der am häufigsten verwendete Index und erfasst in erster Linie die Merkmale politischer Regierungsformen. Beispielsweise sind dies politischer Wettbewerb, politische Freiheiten, Beschränkungen der Machtausübung durch die Exekutive und Zusicherung von Bürgerrechten. Jedem Land wird anhand dieser Merkmale jeweils ein Demokratie- und ein Autokratiewert von 1 bis 10 zugewiesen. Der Wert des Polity2-Index wird als die Differenz dieser beiden Werte berechnet und auf das Einheitsintervall neu skaliert, so dass 0 eine starke Autokratie und 1 eine starke Demokratie bezeichnet.

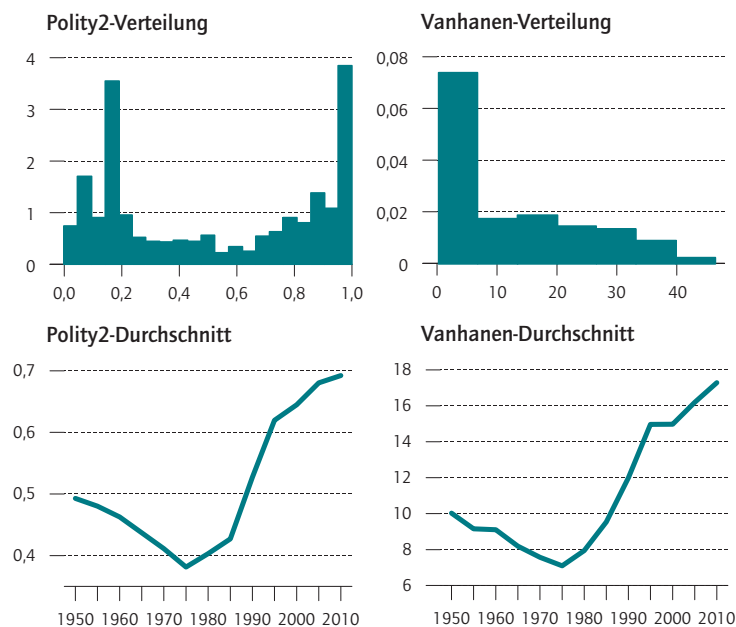
Der Vanhanen-Index wird berechnet, indem zwei Variablen zwischen null und eins berücksichtigt werden: die Intensität des Wahlkampfes (Anteil der Stimmen für Oppositionsparteien) und die Wahlbeteiligung. Beide Teilindizes basieren auf Wahl-daten. Der Gesamtindex wird berechnet, indem die beiden Teilindizes mit 100 multipliziert werden, wobei, um ein Land als demokratisch zu bezeichnen, die Wahlbeteiligung bei mindestens zehn Prozent liegen muss, der Anteil der Stimmen für die Opposition mindestens 30 Prozent betragen und beim Gesamtindex ein Ergebnis von mehr als 5 erreicht werden muss. So haben Defizite bei einem der Werte eine starke Auswirkung auf den Gesamteindruck der Länder. Die Skala geht von 0 bis 100, wobei ein Wert über 5 bereits als Hinweis auf ein demokratisches Land gilt, während 100 ein rein theoretischer Wert ist. Für ökonomische Berechnungen wird der Vanhanen-Index ebenfalls auf das Einheitsintervall neu skaliert.

Wie Abbildung 1 zeigt, ist der Polity2-Index, anders als der Vanhanen-Index, auf der rechten Seite zensiert, sodass ein wesentlicher Teil der Verteilung dort gebündelt ist. Dennoch weisen die Indizes, wie im unteren Teil von Abbildung 1 ersichtlich wird, erhebliche Übereinstimmungen bei der Messung von durchschnittlichen Demokratieniveaus im Laufe der Zeit auf.

Abbildung 1

Indizes der Demokratisierung

Verteilungen und Durchschnitte für den Zeitraum 1950 bis 2010



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Ergebnis von weniger als 5 erzielt. Die oben genannten Regressions-Koeffizienten implizieren, dass bei gleichbleibendem Einkommen durch einen Anstieg der durchschnittlichen Sekundärbildung von einem Jahr 13 dieser 33 Nationen nach Vanhanen zu Demokratien würden.

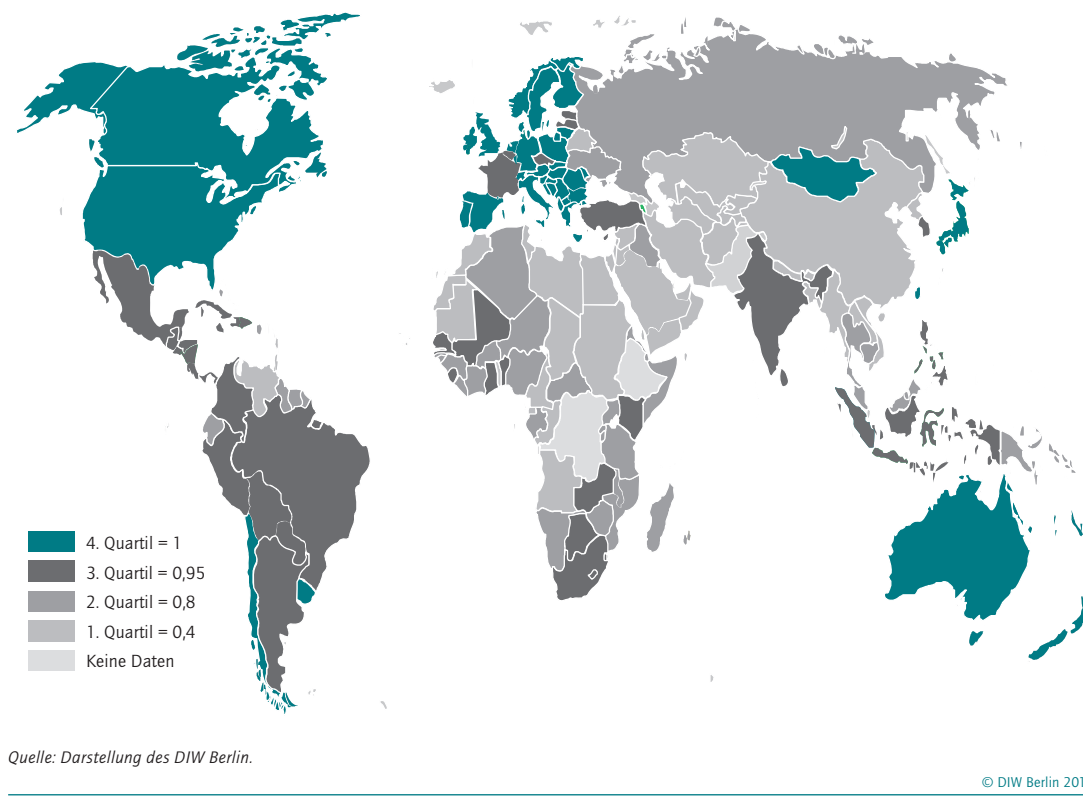
Während die Ergebnisse zwar nicht direkt die Kanäle messen, über die Bildung sich positiv auf den demokratischen Wandel auswirkt, bieten sie jedoch eine solide Grundlage für zukünftige Forschung, die sich mit der Rolle von Bildungsrenditen bei der politischen Beteiligung beschäftigt.

Fazit

In den vergangenen fünf Jahren ging eine Welle an Protesten und Revolutionen mit dem Ruf nach mehr politischer Freiheit und Demokratie durch den Nahen Osten und Nordafrika. Zahlreiche Studien untersuchen, was diese Revolutionen antreibt; keine von ihnen hat jedoch bisher endgültige Antworten oder klare Schlussfolgerungen geliefert. Das Bildungsniveau sowie der Anteil der gebildeten Bevölkerung sind, besonders in den Entwicklungsländern, während der letzten 30 Jahre stetig gestiegen. Der Bildung kommt eine wesentli-

Abbildung 2

Globale Verteilung des Polity2-Index Quartile im Jahr 2010



Beide Indizes variieren erheblich über Länder hinweg, wie beim Polity2-Index in Abbildung 2 zu sehen. Während europäische, nord- und südamerikanische Länder zum größten Teil ins

dritte und vierte Quartil der Verteilung fallen, finden sich die meisten asiatischen und afrikanischen Länder im ersten und zweiten Quartil.

che Rolle beim Übergang eines Landes hin zur Demokratie zu, insbesondere je höher die Schulausbildung ist. Allerdings führt eine verbesserte Bildung nicht unweigerlich zu Demokratisierungsbemühungen. Dies motiviert die Suche nach weiteren Faktoren, die die Beziehung zwischen Bildung und demokratischen Regierungen beeinflussen.

So könnte zum Beispiel die Einkommenshöhe ein wichtiger mildernder Faktor für das Verhältnis von Bildung und Demokratie sein. Wie derzeitige Studien zeigen, gewinnt Bildung an Bedeutung, wenn die Investitions-

renditen für Humankapital niedrig sind, was geringere Opportunitätskosten einer politischen Beteiligung widerspiegelt. Dies impliziert, dass sich politische Unruhen eher dann manifestieren, wenn ein Anstieg des Bildungsniveaus nicht angemessen von Lohnerhöhungen getragen wird.

Ghassan Baliki ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Entwicklung und Sicherheit am DIW Berlin | gbaliki@diw.de

Florian Szücs ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Unternehmen und Märkte am DIW Berlin | fszuecs@diw.de

EDUCATION AS A TOOL OF DEMOCRATIZATION

Abstract: Calls for democratization have become a hallmark of this decade. There have been protests and revolutions calling for political change and democratic reforms in many parts of the Middle East and North Africa (MENA). However, little is actually known about the origins and success factors of these movements. Historically, a higher level of education

can certainly be associated with a high degree of democratization, but the channels and extent of this correlation have not yet been fully researched. Findings based on transnational panel data show that the formation of democratization is more effectively accelerated when average income is low.

JEL: O10, I20, P16

Keywords: Democratization, Education, Political Change



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Ronny Freier, Ph.D.
Dr. Daniel Kemptner
Dr. Jan Marcus
Dr. Frauke Peter
Dr. Anika Rasner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.